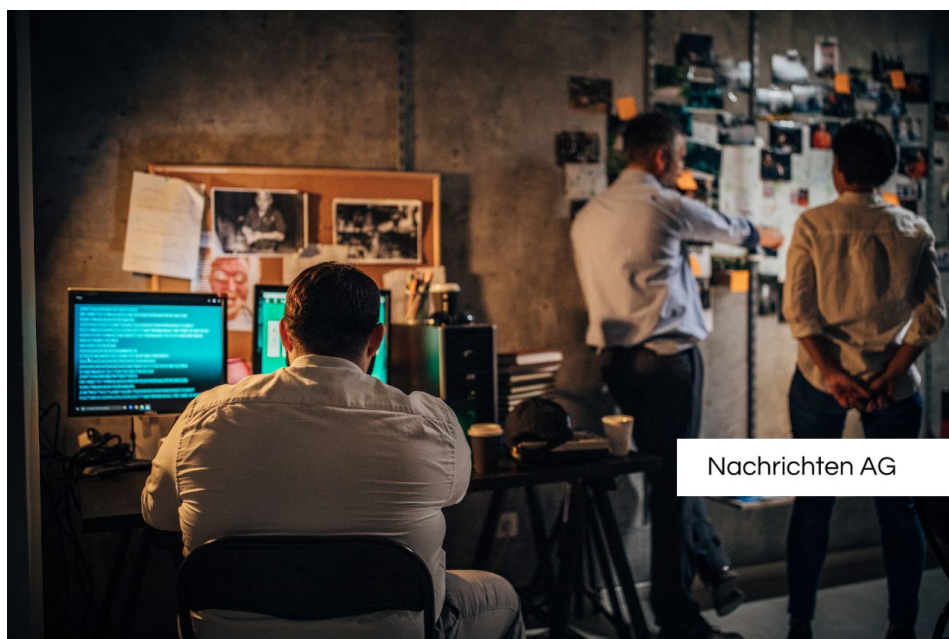


Wiener Gesundheitssystem am Abgrund: LGBTIQ-Förderung oder Mangelversorgung?

Wiener Gesundheitssystem im Fokus: LGBTIQ+ Gesundheitsbericht deckt Diskriminierung auf, während neue Mittel für Transmedizin bereitgestellt werden.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - Am 3. Juni 2025 beschreibt der SPÖ-Stadtrat Peter Hacker das Wiener Gesundheitssystem als „ruiniert“. Tägliche Herausforderungen, wie Gangbetten und lange Wartezeiten in Ambulanzen sowie auf Operationen und MRT-Untersuchungen, stehen im Fokus seiner Kritik. Diese Situation wird durch das neueste Regierungsabkommen verschärft, welches den Aufbau eines Zentrums für Transmedizin vorsieht. In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung eines interdisziplinären Netzwerks aus verschiedenen medizinischen und psychologischen Fachrichtungen geplant. Solche Maßnahmen finden jedoch nicht

nur Zuspruch.

FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss äußert erhebliche Bedenken gegenüber der Priorisierung der LGBTIQ+-Gesundheit im Rahmen der aktuellen Gesundheitspolitik. In seiner Argumentation verweist er darauf, dass Wiener Steuerzahler auf dringend benötigte Operationen warten müssen, während gleichzeitig Projekte zur Förderung der LGBTIQ-Gesundheit gefördert werden. Zudem stellt Krauss Fragen zur Notwendigkeit und den Kosten der mit Steuermitteln finanzierten „Queer in Wien II“-Studie und kündigt an, eine schriftliche Anfrage an Bürgermeister Ludwig zu richten, um Klarheit zu erhalten. **OTS berichtet, dass ...**

Herausforderungen für LGBTIQ+-Personen

In Österreich existiert bislang eine Lücke in der Datenerhebung über die Gesundheitsversorgung von LGBTIQ+-Personen. Aktuelle Monitore zeigen, dass diese Bevölkerungsgruppe häufig stigmatisiert und diskriminiert wird, wodurch ungleiche Zugänge zu Gesundheitsleistungen entstehen. Gesetze, die gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisieren oder Trans-, Inter- und nichtbinäre Personen herabwürdigen, verschärfen die gesundheitlichen Folgen erheblich. Laut einer Studie nehmen viele LGBTIQ+-Personen aus Angst vor Diskriminierung keine Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch, was ihre Gesundheitsrisiken erhöht. Der erste österreichische LGBTIQ+-Gesundheitsbericht liefert nun essentielle Informationen zu gesundheitlichen Aspekten dieser Gruppe, einschließlich Diskriminierungserfahrungen und dem Gesundheitszustand. **GoEG berichtet, dass ...**

Die Umsetzung von notwendiger Gesundheitsförderung ist entscheidend, da nur 60 Prozent der LGBTIQ+-Personen ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut bewerten. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung liegt dieser Wert bei 74 Prozent. Besonders besorgniserregend ist, dass 53 Prozent der LGBTIQ+-Personen im vergangenen Jahr von Depressionen

berichteten. Weiters haben 89 Prozent Diskriminierung erfahren, wobei auch der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen beeinträchtigt wurde. Fast die Hälfte vermeidet teilweise den Zugriff auf medizinische Leistungen aufgrund dieser Benachteiligungen. **ÖGB berichtet, dass ...**

Angesichts dieser Herausforderungen fordern Organisationen wie der ÖGB Sensibilisierungsmaßnahmen und Schulungen für Gesundheitsberufe. Eine verstärkte Gesundheitskompetenz, insbesondere unter gender- und transgenderspezifischen Aspekten, wird dringend benötigt, um der Diskriminierung entgegenzuwirken und Beschäftigte im Gesundheitssektor besser auf die Bedürfnisse von LGBTIQ+-Personen vorzubereiten.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • goeg.at • www.oegb.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at